

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

53. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. März 2003, 10:30 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

In Vertretung von Birgit Herdejürgen

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Manfred Ritzek (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Verkehrsvertrag des Landes Schleswig-Holstein mit der DB Regionalbahn Schleswig-Holstein mbH</b>	<b>5</b>
<b>Hierzu: Umdrucke 15/3024 (nur für internen Gebrauch), 15/3176 (nur für den internen Gebrauch)</b>	
<b>Hinweis: Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO sind vorgesehen</b>	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2149	
hierzu: Umdrucke 15/2743, 15/2744, 15/2746, 15/2748, 15/2760, 15/2770, 15/2772, 15/2773, 15/2797, 15/2798, 15/2802, 15/2815, 15/2816, 15/2823, 15/2828, 15/2829, 15/2847, 15/2866, 15/2954, 15/2956, 15/2957, 15/2962, 15/2964, 15/3043, 15/3184	
(überwiesen am 10. Oktober 2002)	
<b>3. Liberalisierung des Wettbewerbsrechts</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1504	
hierzu: Umdrucke 15/2540, 15/3070	
(überwiesen am 24. Januar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)	
<b>4. Stilllegung von Strecken der Bundesbahn Effizienz der Bundesbahnstrecken hier: Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr</b>	<b>8</b>
hierzu: Umdruck 15/2961, 15/3185	

**5. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zum Themenkomplex „Science Center Schleswig-Holstein“ 9**

hierzu: Umdruck 15/3078

- Verfahrensfragen -

**6. Fahrradverkehr und -tourismus in Schleswig-Holstein 12**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2400

(überwiesen am 19. Februar 2003 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

**7. Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik 14**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1084

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1110

hierzu: Umdruck 15/3103

(überwiesen am 12. Juli 2001 an den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

**8. Verschiedenes 15**

Die Vorsitzende, Abg. Roswitha Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Beratung des Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetzes, Drucksache 15/2056 (neu), 2. Fassung, wird auf Wunsch der SPD-Fraktion von der Tagesordnung abgesetzt. Die Tagesordnung wird sodann in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Verkehrsvertrag des Landes Schleswig-Holstein mit der DB Regionalbahn Schleswig-Holstein mbH**

hierzu: Umdrucke 15/3024 (nur für internen Gebrauch), 15/3176 (nur für den internen Gebrauch)

**Hinweis:** Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO sind vorgesehen

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO.

Mit Hinweis auf die vorausgegangenen Beratungen am 12. Februar 2003 erläutert M.Dr. Bernd Rohwer anhand des nur für den internen Gebrauch bestimmten Umdrucks 15/3176 die Ergebnisse, die auf Bitten des Ausschusses in Nachverhandlungen über den Entwurf des Verkehrsvertrages erzielt wurden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage nach kurzer Diskussion einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2149

hierzu: Umdrucke 15/2743, 15/2744, 15/2746, 15/2748, 15/2760, 15/2770,  
15/2772, 15/2773, 15/2797, 15/2798, 15/2802, 15/2815,  
15/2816, 15/2823, 15/2828, 15/2829, 15/2847, 15/2866,  
15/2954, 15/2956, 15/2957, 15/2962, 15/2964, 15/3043,  
15/3184

(überwiesen am 10. Oktober 2002)

Nach kurzer Verfahrensdiskussion sprechen die Ausschussmitglieder übereinstimmend den Wunsch an den Wissenschaftlichen Dienst aus, erstens die mit Umdruck 15/3184 von der Unabhängigen Landeszentrale für den Datenschutz Schleswig-Holstein erarbeiteten Formulierungsvorschläge zum Gesetzentwurf von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf ihre rechtliche Tragfähigkeit zu überprüfen und dabei auch die in der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen einer wissenschaftlichen Würdigung zu unterziehen.

Zweitens bittet der Ausschuss den Wissenschaftlichen Dienst um die Klärung der Frage, ob die in den Formulierungsvorschlägen entfallene Vorschrift zum Tariftreugesetz aus § 3 Abs. 3 des Gesetzentwurfes wegen des inzwischen verabschiedeten schleswig-holsteinischen Tariftreugesetzes erhalten bleiben muss.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Liberalisierung des Wettbewerbsrechts**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1504

hierzu: Umdrucke 15/2540, 15/3070

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Die Antragstellerin, Abg. Christel Aschmoneit-Lücke, besteht mit Hinweis auf Umdruck 15/3070 darauf, dass der Antrag der FDP nach wie vor Bestand habe, da es bisher auf Bundesebene noch keine gesetzliche Regelung, sondern lediglich einen Referentenentwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gebe.

Referent Klaus Emmermann (MJF) legt dar, dass der seit Ende Januar vorliegende Referentenentwurf des Bundes nach Einschätzung seines Hauses dem Anliegen Schleswig-Holsteins gerecht werde. Die bisherigen §§ 7 und 8 seien in diesem Entwurf entfallen. Damit sei die gewünschte Liberalisierung im Bereich der Sonderveranstaltungen gesichert. Die Abstimmung mit den übrigen Landesjustizverwaltungen sei bereits weit fortgeschritten. Auch in den anderen Ländern werde dieser Novellierungsvorschlag positiv aufgenommen. Damit sei insgesamt mit einem positiven Ergebnis zu rechnen.

Beschluss: Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Schlussberatung des FDP-Antrages nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs gegen den unlauteren Wettbewerb durch den Bundestag vorzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stilllegung von Strecken der Bundesbahn  
Effizienz der Bundesbahnstrecken  
hier: Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

hierzu: Umdruck 15/2961, 15/3185

Zunächst erläutert MDgt Dr. Jan Eggers den mit Umdruck 15/3185 vom Ausschuss erbetenen Bericht über die stillgelegten Bahnstrecken sowie über die Trassenentgelte an die DB AG.

Abg. Uwe Eichelberg setzt sich in der anschließenden Diskussion für die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der einzelnen Strecken ein. Unter Nennung der Strecke Flensburg-Niebüll warnt er vor einer Reaktivierung unrentabler Strecken. Solchen Strecken müssten einer besonderen Kostennutzenanalyse unterzogen werden.

M Dr. Bernd Rohwer signalisiert, gegen eine Diskussion über die Wirtschaftlichkeit einzelner Strecken keine Einwände zu haben. Das sei eine selbstverständliche Vorgabe, wenn sein Haus einzelne Strecken reaktivieren beziehungsweise erneuern wolle.

MDgt Dr. Jan Eggers geht auf die Aussage des Abg. Uwe Eichelberg zur Strecke Flensburg-Niebüll dahin ein, dass auf dieser Strecke neben der Aufrechterhaltung für den Personennahverkehr auch die Vorhaltung für den Güterverkehr von Bedeutung sei. Denn neben der Sicherung des Anschlusses auf dänischer Seite gehe es hier auch um den Gütertransport in der Region.

M Dr. Bernd Rohwer gibt für die Abwägung des finanziellen Risikos zu überlegen, dass bedacht werden müsse, welche Folgekosten es haben werde, wenn nach einer augenblicklichen Kostennutzenanalyse eine Strecke nicht weiter gesichert werde, diese sich später aber als notwendig erweise. Das würde bedeuten, dass dann erhebliche Kosten entstünden. Im Übrigen sei sein Haus jederzeit gern bereit, so fährt M Dr. Bernd Rohwer fort, hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung einzelner Strecken Gespräche mit interessierten Ausschussmitgliedern zu führen.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und stellt den verkehrspolitischen Sprechern anheim, gemeinsam entsprechende Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium zu führen.



Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Abg. Klaus-Dieter Müller, übernimmt den Vorsitz um 11:45 Uhr.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zum Themenkomplex „Science Center Schleswig-Holstein“**

hierzu: Umdrucke 15/3078, 15/3102

- Verfahrensfragen -

Außerhalb der Diskussion um die Verfahrensfragen erläutert M Dr. Bernd Rohwer eingangs die Voraussetzungen für die Einrichtung neuer Science Center. Das Thema sei vom Wirtschaftsministerium unter anderem aus folgendem Grunde ins Gespräch gebracht worden. Experten im Bereich großer touristischer und wissenschaftstransferorientierter Einrichtungen hätten immer wieder deutlich gemacht, dass ein bestimmtes Potential bestehe, wenn es darum gehe, die Wissenschaft an die Menschen heranzubringen und ihnen verständlich zu machen. Dabei spiele der Gedanke eine Rolle, die in der Region vorhandenen Wissenschaftsprofile zu nutzen. Erste Ansätze gebe es in Schleswig-Holstein mit dem Wattenmeerforum in Tönning und der Phänomenta in Flensburg. Da es andere derartige Center in Schleswig-Holstein aber nicht gebe, stelle man zurzeit Überlegungen an, ob nicht zum Beispiel aus dem Bereich der Meerestechnologie oder aus dem Bereich des Gesundheitswesens ein weiteres Center möglichst in Zusammenarbeit mit der CAU oder anderen wissenschaftlichen Instituten in Verknüpfung mit den Gegebenheiten der dazugehörigen Region eingerichtet werden könnte. Dieser Gedanke werde von professionellen Gutachtern als interessant und erfolgreich bezeichnet. So trage sich zum Beispiel das in Bremen eingerichtete Science Center „Universum“ inzwischen selbst und stelle eine bedeutende touristische Attraktion dar.

Was nun die Überlegungen zur Errichtung eines weiteren Science Center in Schleswig-Holstein angehe, so fährt M Dr. Bernd Rohwer fort, lege er großen Wert auf die Feststellung, dass die Existenz der Phänomenta in Flensburg ebenso wie die des Wattenmeerforums nicht durch die Gründung eines weiteren Science Centers gefährdet werden dürfe. Vielmehr sei es ihm ein persönliches Anliegen, diese beiden vorhandenen Einrichtungen nicht nur aufrechtzuerhalten sondern, wenn möglich, sogar noch zu stärken. Hierfür erwarte er sich von den zuständigen Regionen entsprechende Vorschläge.

Um dennoch den Gedanken eines weiteren Science Center voranzubringen, habe sein Haus eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Gutachten der Firma Petri und Tiemann sei im Dezember 2002 veröffentlicht worden und sowohl den Trägern der vorhandenen Einrichtungen als auch anderen Interessierten und Betroffenen mit der Bitte übergeben worden, die Frage zu beantworten, wie sie sich die Weiterentwicklung der vorhandenen Einrichtungen vorstellen könnten. Außerdem sei um die Vorlage eines detaillierten Konzeptes für die Einrichtung eines neuen Science Center gebeten worden. In beiden Fällen sei darauf hingewiesen worden, dass zum Wirtschaftlichkeitsaspekt eine Aussage gemacht werden müsse.

Sein Haus gehe davon aus, noch im Laufe des Jahres die Thematik weiter diskutieren zu können.

In der sich anschließenden kurzen Diskussion bezweifelt Abg. Christel Aschmoneit-Lücke, dass mit einem neuen Science Center zusätzliche Touristenströme nach Schleswig-Holstein gelockt werden könnten.

Auch Abg. Karl-Martin Hentschel glaubt, dass solche Centren zunächst nur für diejenigen Touristen interessant seien, die sowieso schon in Schleswig-Holstein Urlaub machten. Für ihn sei von zentraler Bedeutung die Beantwortung der Frage, wie zusätzliche Touristenströme ins Land gelockt werden könnten. Hier sehe er einen guten Ansatz beispielsweise in der Aussage über die so genannte „Leuchtturmfunktion“, wie sie auf Seite 14 der Machbarkeitsstudie beschrieben werde. Im Übrigen halte er, wie gesagt, mehr von einer qualitativen Aufwertung der bereits vorhandenen Einrichtungen als von der Errichtung einer Vielzahl unterschiedlicher Science Centren. Denn immerhin müssten solche Centren, wenn sie rentabel sein sollen, so attraktiv gemacht werden, dass damit auch neue Besucherströme wie Schülergruppen und so weiter angezogen würden.

Abg. Britta Schmitz-Hübsch schließt sich diesen Überlegungen an und erinnert an die Besorgnis der Phänomenta in Flensburg, durch neue Science Centren an Attraktivität zu verlieren. Für sie sei es ein großes Anliegen, die Phänomenta durch eine gute Ausstattung nicht nur zu erhalten, sondern auch noch attraktiver zu machen. Damit könne man genau die Leuchtturmfunktion erzielen, von der in der Studie des Ministeriums die Rede sei.

Abg. Lars Harms wirft den Gedanken einer Zusammenarbeit zwischen Flensburg und Sonderburg auf. In Sonderburg gebe es eine ähnliche Einrichtung der Firma Danforss. Er bitte, einmal über gemeinsame Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken.

M Dr. Bernd Rohwer sieht solche Möglichkeiten im INTERREG-Programm.

Beschluss: Einstimmig schließt sich der Ausschuss dem Petikum des Abg. Uwe Eichelberg in Umdruck 15/3078 an, vor einer endgültigen Standortentscheidung durch das Kabinett die Bewertung der Konzepte und die Finanzierungspläne dem Ausschuss eventuell in gemeinsamer Sitzung mit dem Bildungsausschuss in Anwesenheit der Bewerberstädte vorzustellen und zu diskutieren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Fahrradverkehr und -tourismus in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2400

(überwiesen am 19. Februar 2003 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Abg. Karl-Martin Hentschel votiert für eine Anhörung der Verbände im Ausschuss. Diese sollten Gelegenheit bekommen, ihre Position zur Weiterentwicklung der Fahrradpolitik im Lande darzustellen. Denn einerseits habe man zwar inzwischen einen schon zufrieden stellenden Ausbau der Fahrradwege im Lande, andererseits aber vermute er insbesondere im innerstädtischen Bereich noch ein weiteres Entwicklungspotential. Über dessen Verwirklichungsmöglichkeiten sollten die zuständigen Verbände befragt werden.

Mit Hinweis auf die angespannte Haushaltslage warnt Abg. Uwe Eichelberg davor, mit einer solchen Anhörung nicht erfüllbare Erwartungen zu wecken. Dies wird von Abg. Hermann Benker ähnlich gesehen.

AL Dr. Wolfgang Zeichner verweist darauf, dass in die Beantwortung der Großen Anfrage nicht nur die Stellungnahmen der Fraktionen, sondern auch diejenige der Städte, Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte Eingang gefunden hätten. Darüber hinaus seien im Zuge der parallel laufenden Befassung mit dem Landesverkehrsplan ebenfalls alle Verbände um Stellungnahme gebeten worden. Diese hätten in ausführlicher Weise Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht. Auch diese Stellungnahmen würden in die weiteren Überlegungen einbezogen werden.

Abg. Karl-Martin Hentschel betont die Notwendigkeit, durch Anreizsysteme die Kommunen zu bewegen, selbst Aktivitäten zur Gestaltung des Fahrradverkehrs zu entwickeln und möglicherweise auch einen verstärkten Erfahrungsaustausch zu initiieren. Er erwarte dadurch einen guten Kostennutzeneffekt.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Klaus-Dieter Müller, auf eine Anhörung zu verzichten. Das Ministerium wird gebeten, den wirtschaftspoli-

tischen Sprechern der Fraktionen die für die Beantwortung der Großen Anfrage eingeholten Gutachten und Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage wird abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1084

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1110

hierzu: Umdruck 15/3103

(überwiesen am 12. Juli 2001 an den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

Als Mitglied der antragstellenden FDP-Fraktion betont Abg. Christel Aschmoneit-Lücke die Unterstützung ihrer Fraktion für den Antrag der CDU.

Der stellvertretende Vorsitzende weist auf die ablehnende Stellungnahme des Bildungsausschusses hin.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1110, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1084, wird mit gleichem Stimmenverhältnis bei Enthaltung der FDP mit Mehrheit abgelehnt.

Unter Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, übergibt Referent Sönke Bruhn erste Vorschläge für die vom Wirtschaftsausschuss geplante Reise nach Schottland.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Klaus-Dieter Müller, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Klaus-Dieter Müller  
stellvertretender Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab  
Protokollführerin